



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

††: Von der preußischen Grenze.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Von der preussischen Grenze.

Seit den ersten Anläufen zum parlamentarischen Wesen in Preußen, also seit dem Vereinigten Landtag von 1847, ist keine Landesvertretung mit einem so entgegenkommenden Vertrauen des Volks begrüßt worden, als die gegenwärtige. Zu andern Perioden — 1847 und 1848 — war die Hoffnung und Erwartung gespannter, aber sie war mit Unruhe und Mißtrauen zerseht, die Zustände selbst waren problematisch und das Volk sah sich einer in gewissem Sinn fremdartigen Macht gegenüber, die es zu prüfen noch keine Gelegenheit gehabt. Die Majorität der heutigen Kammer hat bereits eine ausgeprägte Physiognomie, man weiß ziemlich genau, was und wie viel man von ihr zu erwarten hat; und die Veränderungen in der Regierungssphäre haben eine so allgemeine Zufriedenheit hervorgerufen, daß selbst alle gerechten Wünsche mit Geduld und Mäßigung überkleidet sind.

Es ist das für die Wirksamkeit des Landtags eine höchst günstige Voraussetzung; indes sind auch einige Umstände vorhanden, die seine Aufgabe erschweren. Auf diese gleich von vornherein hinzuweisen, scheint uns um so nöthiger, da nichts die politische Entwicklung so stört, als eine sanguinische Stimmung, der die Enttäuschung folgt.

Zunächst müssen wir noch einmal auf einen Punkt kommen, den wir schon vor einigen Wochen erwähnt haben, der aber viel böses Blut machen wird, obgleich — oder weil er bloß die Form betrifft. Wir meinen die Sprachverwirrung in Bezug auf Rechts und Links. Der Landtag verliert dadurch sehr an Popularität, denn populär ist nur, was dem Volk in handgreiflicher Bestimmtheit entgegentritt. Was bis jetzt rechts und links war, hatte es sich ganz wohl gemerkt; nun soll es seine Vorstellungen plötzlich umschmelzen; und warum? Es ist wieder der leidige Nachahmungstrieb der Deutschen; sollen wir etwa von den Engländern auch die Sitte annehmen, daß eine Erbschaft den Namen verändert? daß bei dem Todesfall eines Verwandten aus Lytton Bulwer ein Bulwer Lytton wird, aus Lord Stanley ein Lord Derby? Wir Deutsche sind einmal gewöhnt, uns bei einem Namen auch eine bestimmte Person zu denken, und unser Gemüth hält den Namen fest, wie die Person. Weil wir die Männer lieb haben, wollen wir auch die Namen Vincke, Schwerin u. s. w. beibehalten, und weil wir links nicht unrühmlich den Uebergriffen des Feudalismus und des Polizeiregiments Widerstand geleistet haben, wollen wir links bleiben. Dem Kind kostet es einige Mühe, rechts und links zu unterscheiden; warum will man uns wieder in die politische Kinderstube schicken? — Und es liegt noch mehr darin. Wenn wir auf einmal die ministerielle Partei sein sollen, so macht man das Ministerium für das verantwortlich, was wir sagen (es geschieht ohnehin schon mehr als genug!), und uns macht man für das verantwortlich, was das Ministerium thut und nicht thut. Es wird für beide Theile bequemer und wahrer sein, wenn wir unabhängig bleiben. Bis jetzt wissen wir von dem, was das Ministerium denkt und will, nur durch das Organ der „Preussischen Zeitung“, und ob man nun die Grundsätze derselben für richtig oder unrichtig hält, jedenfalls sind es nicht

die Grundsätze, die Graf Schwerin, Wenzel, Kühne und andere Führer der „Linken“ so oft und so klar ausgesprochen haben. Die Ansichten stehn sich nahe, aber sie sind nicht identisch.

Leider kommt der Rath zu spät; wenn dieser Brief gedruckt ist, werden die Abgeordneten schon ihre Plätze eingenommen haben. Vielleicht lassen sie sich doch durch das Mißvergnügen des betheiligten Publicums, das ziemlich allgemein zu sein scheint, bestimmen, ihr unzweckmäßiges Vorhaben wieder aufzugeben.

Ueber einen andern Uebelstand spricht sich die „Preussische Zeitung“ mit anerkennenswerther Offenheit aus.

„Die Landesvertretung wird in den allgemeinen Ergebnissen einen Grund mehr finden, das Ministerium, indem sie ihm mit Vertrauen entgegenkommt, nicht in der Bahn der Politik, die es betreten hat, die es aber zugleich bei der kurzen Zeit seines Bestehens in vieler Beziehung kaum erst mit einem Blick hat ins Auge fassen können, zu beirren.“ „Das Ministerium gibt sicher einen Beweis seiner Gewissenhaftigkeit, wenn es sich enthält, vor den Landtag mit Vorlagen zu treten, deren Vorbereitung in wenigen Monaten unter dem Andrang aller Geschäfte nicht in der erforderlichen eingehenden und umfassenden Weise hätte stattfinden können.“ Die Feststellung größerer Organisationen soll also einer späteren Zeit vorbehalten werden. „Wenn aber die Regierung die ihr zustehende Initiative der Gesetzgebung, welche die naturgemäße ist, in Bezug auf die besondere Lage, in welcher sie sich befindet, für diese Session nur in eingeschränkter Weise üben dürfte, so steht gewiß auch zu erwarten, daß die Landesvertretung im Vertrauen zu dem Ministerium von ihrem Recht der Initiative nicht einen Gebrauch machen wird, welcher die Regierung mit einer Masse verschiedenster Aufgaben und Anforderungen überhäuft und, ohne wirkliche Resultate für das Land erzielen zu können, der Regierung nur Schwierigkeiten in den Weg legt.“

Das ist eine offene, ehrliche Sprache, die eine ebenso offene Antwort verdient.

Was zunächst das jener Ermahnung zu Grunde liegende Princip betrifft, so können wir mit demselben nicht einverstanden sein. Wenn das Ministerium noch nicht Muße gefunden, über einen bestimmten Punkt eine Gesetvorlage auszuarbeiten; diese Muße ist aber Mitgliedern der dem Ministerium nahestehenden Partei zu Theil geworden, und es ist ihnen gelungen, einen verständigen Entwurf zu Stande zu bringen: so ist es nicht immer eine Verlegenheit für die Regierung, sondern zuweilen eine sehr erhebliche Unterstützung, wenn dieser Entwurf zur Berathung kommt. Das geschieht in England nicht selten; aber selbst in Preußen hat zuweilen das Ministerium Manteuffel einem Gesetzentwurf, der von der „unabhängigen“ Rechten eingebracht wurde, nachträglich seine Zustimmung gegeben. Aber auch wenn der Entwurf nicht durchgeht, ist dadurch die Einsicht des Landes in die Sache, vielleicht auch die der Regierung vermehrt, und dadurch die spätere Initiative der Regierung erleichtert. — Indes soll dieser Einwurf nur dem Princip gelten; in praktischer Beziehung stimmen wir mit dem Wunsch der „Pr. Stg.“ überein: der Landtag möge für diese Session von seiner Initiative in der organischen Gesetzgebung keinen Gebrauch machen, weil er etwas Wichtigeres zu thun hat. Er hat nämlich, wie wir bereits auseinandergesetzt haben, auf die Mißbräuche hinzuweisen, die abgestellt werden müssen, wenn das hochherzige Wort des Prinzregenten von dem Gour

vernemend, das consequent ist und ein reines Gewissen hat, eine Wahrheit werden soll. Möchten sich die Abgeordneten zu dieser heiligen Pflicht gehörig vorbereitet haben!

Wenn man aber den Vörlagen der Regierung, auch wenn sie sich bis zur nächsten Session verziehen, mit Geduld und Vertrauen entgegensteht, so wäre es ein großes, ein verhängnißvolles Unglück, wenn sie einen Gesetzentwurf einbrächte, dem die Landesvertretung ihre Zustimmung versagen müßte. Wir enthalten uns, auf das, was von dem neuen Ehegesetz verlautet, näher einzugehen, weil uns das bekannte Material dazu nicht genügt; aber die Regierung muß bereits erkannt haben, daß es, abgesehen von seiner innern Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit, nach allen Seiten hin unpopulär ist. Und grade auf einem Gebiet, wo es am nothwendigsten ist, dem Instinct des Volks Rechnung zu tragen! Noch ist es Zeit, die Sache ruhen zu lassen; hat man sich bisher mit den vorhandenen Bestimmungen begnügt, so kann es auch noch länger geschehen; eine Niederlage der Regierung in dieser Frage aber wäre für sie ein Stoß, der schwer zu überwinden sein würde.

Mit großer Anerkennung haben wir die Auseinandersetzung der officiösen Zeitung über die Angelegenheit der Herzogthümer Schleswig-Holstein gelesen. Vielleicht wird diese Frage früher in den Vordergrund treten, als man glaubt. Was auch die Erörterungen zwischen Frankreich und Italien zu bedeuten haben mögen, so viel steht fest, daß überall reichlicher Zündstoff verbreitet liegt, daß man mit dem Licht sehr unvorsichtig umgeht, und daß plötzlich der Augenblick eintreten kann, wo Preußen sein Wort mitzusprechen hat. Die Aufgabe Preußens ist weder, den Italienern die Freiheit zu sichern, noch den Oestreichern ihre italienischen Besitzungen zu garantiren; es wird aber auf dessen Seite treten müssen, der ihm seine eigne Aufgabe erleichtert. Preußens Ehre ist durch den dänischen Krieg von 1848—50 verpfändet, und die einzige befriedigende Lösung dieser Frage ist: Aufhebung des Londoner Protokolls, durch welches die Großmächte, im gemeinsamen Haß gegen Deutschland, ein politisches lebensunfähiges Monstrum geschaffen haben; jenes Protokoll, das Preußen in einer bösen, sehr bösen Stunde nachträglich unterzeichnet hat! Preußen wird in der Macht seinen Freund erkennen, die ihm hilft, dieses Blatt Papier, das Zeugniß seiner schlechtesten Stunde, zu beseitigen; und seine Freundschaft ist ein vollwichtiger Preis. Alles andere, was in Bezug auf die Herzogthümer geschieht, ist von untergeordneter Wichtigkeit. † †

### Neue Reiseliteratur.

Aus dem Wanderbuche eines östreichischen Virtuosen. Von M. Hauser. 2. Bd. Leipzig, Fr. L. Herbig. 1859. Wir haben vor einigen Wochen bereits auf diese Schilderungen als dictirt von einem guten Auge und verständiger Betrachtungsweise aufmerksam gemacht. Auch dieser zweite Theil, der die Erlebnisse